



# Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Schleswig-Holstein

Regionalgruppe Lübeck Ostholstein

Holstentorplatz 1-5

23552 Lübeck

Tel.: 0451 – 131 2070

Mobil: 0171 – 24 65 840

Andreas Sankewitz

1. Vorsitzender

Leserbrief zum Thema „Polizei am Ende ihrer Kräfte“

Auch in der Hansestadt Lübeck wurde das Thema Personalmangel bei der Polizei durch die BfL aufgegriffen und publikumswirksam eine „Hilfspolizei“ gefordert.

Wie alle wissen, ein Muster ohne Wert, denn die Möglichkeit einer Umsetzung auf Landesebene besteht zurzeit in keinster Weise.

Was aber Folgen für die Polizistinnen und Polizisten in Lübeck hat, ist ein anderer Beschluss der Lübecker Bürgerschaft. Die Verlängerung der Travemünder Woche um sieben Tage bedeutet eine erhebliche Mehrbelastung der Lübecker Polizei, denn natürlich muss die Sicherheit auf diesem Volksfest gewährleistet sein, und dazu bedarf es der Fachkompetenz der eingesetzten Beamtinnen und Beamten.

Aber es kann doch nicht sein, dass ein solcher Beschluss folgenlos bleibt für die Lübecker Politik. In einem internen Schreiben erklärt der Landespolizeidirektor u.a., dass auf Verkehrskontrollen und auf Fortbildung verzichtet werden muss, um die anstehende Einsatzbelastung mit dem vorhandenen Personal bewältigen zu können.

Der Landespolizeidirektor erklärt, wir können nicht mehr. Alle freiwilligen Leistungen der Landespolizei sollen eingestampft werden und selbst Kollegen aus der Ausbildung und dem Landespolizeiamt werden zu Einsatzzügen zusammengestellt.

Aber in Lübeck wird die Belastung für die Polizei fahrlässig hochgefahren. Nacht für Nacht wird mit einer hohen Anzahl von Einsatzanlässen in Travemünde zu rechnen sein. Der massiv gestiegene Konsum von Alkohol durch Jugendliche wurde hier häufig genug thematisiert. Wir werden also mit Menschen zu tun haben, die aufeinander einschlagen, durch Alkohol zu hilflosen Personen werden und sich auch angetrunken hinter das Lenkrad eines Kraftfahrzeuges setzen werden.

Ich sehe nach solchen Beschlüssen nur eine Möglichkeit, um die kommunalen Veranstalter solcher Events mit für die eigenen Beschlüsse haftbar zu machen. Das Innenministerium muss an den Einnahmen der Stadt beteiligt werden, um der Landespolizei das erforderliche Personal zur Verfügung stellen zu können.

Es kann nicht auf dem Rücken der Polizistinnen und Polizisten rücksichtslos Kasse gemacht werden, um anschließend die Einnahmen in das Lübecker Haushaltsloch zu werfen. Damit muss Schluss sein und wenn eine rote Linie von den Veranstaltern überschritten wird, müssen die Verursacher auch für den Zustand haften.

Andreas Sankewitz